

Bündnisrede Antisiko 2024

Matthias

1963 wurde von Mitgliedern der „Gesellschaft für Wehrkunde“ die „Wehrkundetagung“ gegründet. Dank geöffneter Dokumente weiß man heute, worum es bei dieser Gesellschaft wirklich ging. Die Wiederbewaffnung Deutschlands und die Rückkehr als militärischer Akteur. Aus der „Wehrkundetagung“ wurde die „Münchner Sicherheitskonferenz“ und Deutschland ist als militärische Akteur zurück. Konzerne, die einst von NS-Zwangsarbeitern profitierten, gehören heute wieder zur Top-Elite und zu angesehenen Gästen bei der „Münchner Sicherheitskonferenz“. Direkt neben Degussa, dessen Tochterfirma das Zyklon B für Auschwitz lieferte. Doch heute geht es nicht mehr um die Wiederbewaffnung, sondern um die Vormachtstellung westlicher Industriestaaten, insbesondere der NATO-Staaten. Während die öffentlichen Veranstaltungen den Anschein der Diplomatie vortäuschen, werden in sogenannten Side-Events verteidigungspolitische Partnerschaften geschmiedet und internationale Rüstungsverträge geschlossen. Der Bayerische Hof wird damit zum Zentrum der gewaltsamen Unterdrückung des globalen Südens und der Aufrechterhaltung der unipolaren Weltordnung.

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist kein Forum der Diplomatie. Hier trifft sich die Lobby des Krieges! Spannungen und Krisen sind ihr Geschäftsmodell. Und Krieg ist ihr Weihnachtsgeschäft.

Mark

Dass Deutschland „wieder zurück ist“, das ist ein Verdienst der „Münchner Sicherheitskonferenz“, gegen die wir heute demonstrieren. Vor elf Jahren wurde dort das imperialistische Konzept „Neue Macht. Neue Verantwortung“ vorgestellt, mit der sich deutsche Außenpolitik nach zwei angezettelten Weltkriegen wieder zur globalen Ordnungsmacht aufspielt.

Zehn Jahre lang haben wir das kritisiert, doch zehn Jahr lang dominierte diese Parole die Siko – trotz zahlreicher Krisen und Verschiebungen im internationalen Machtgefüge. Aber dieses Jahr legen die Siko-Organisatoren eine für sie offensichtlich ungelöste Fragestellung vor: Wie können die Handelsbeziehungen in die ganze Welt noch zum eigenen Vorteil genutzt werden? Die Siko hat sich für dieses Jahr vorgenommen, für die deutsche Außenpolitik einen Platz zu finden, der sowohl im Windschatten der US-

dominierten NATO-Konfrontationspolitik liegt, als auch in der Nähe aufstrebender Schwellenländer.

Schließlich ist der Block der G7- und NATO-Staaten mit einer selbstbewussten Bewegung abhängiger Staaten konfrontiert, die für ein Ende ihrer globalen Vorherrschaft eintreten. Die Machtverhältnisse auf der Welt verändern sich, weg von der Dominanz des „Westens“, hin zu einem Erstarren unterdrückter Länder, die sich (wie das Staatenbündnis BRICS) um den „systemischen Rivalen“ China gruppieren – so wird der wichtigste Handelspartner von der Bundesregierung bezeichnet.

Bei aller Diplomatie und Dialog mit ausgewählten Freunden, liegen auf der Siko also Spannungen in der Luft. Dieses Jahr sind so viele Vertreter von Ländern des globalen Südens anwesend, wie noch nie zu vor. Aber auch so viele Mitglieder des US-Repräsentantenhauses, wie noch nie zu vor.

Denn die Ewiggestrigen wollen ihren überholten Weltherrschaftsanspruch nicht aufgeben. Wirtschaftssanktionen sollen die Konkurrenten brechen und schwören das alte Lager auf den Konflikt mit den aufstrebenden Mächten ein. Uns verkaufen sie sich dabei auch noch als Diplomaten und Friedensengel...

Matthias

„Nie wieder ist jetzt!“, hieß es kürzlich überall. Der originale Schwur von Buchenwald lautete „Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus!“ Heute liefert Deutschland Waffen nicht nur in Krisengebiete, sondern auch in Kriegsgebiete. Deutschland unterstützt Besatzer und Kriegsverbrecher. Man spricht von Kriegstüchtigkeit und mehr Verantwortung übernehmen. Deutschland setzt auf militärische Konfrontation, Stärke zeigen und massive Aufrüstung. Die Bundeswehr befindet sich in 13 Auslandseinsätzen auf 3 Kontinenten. Und pünktlich zur Münchner Sicherheitskonferenz umstellt die Bundeswehr im Großmanöver „Quadriga 24“ das russische Kaliningrad. Daraus entstehen neue Spannungen. Und die berechtigen zur weiteren Sozialkürzung und zur Aufrüstung. Deutschland hat den Schwur von Buchenwald „Nie wieder Krieg“ längst gebrochen.

Mark

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat gestern eine beachtliche Rede auf der Siko gehalten. Er hatte im Vorfeld seines Besuchs im Interview mit der ZEIT mit Blick auf die deutsche Politik gesagt: „Entscheidend ist für mich, dass wir bei der Krise im Nahen Osten keine Doppelmoral walten lassen“.

Wir sind heute auch auf der Straße, weil wir nicht schweigen können angesichts des schreienden Unrechts, das sich im Gaza-Streifen, konkret in Rafah abspielt. Mittlerweile ruft auch die deutsche Außenministerin zu einer Waffenruhe auf. Denn angesichts der Ankündigung der israelischen Regierung auf Rafah vorzurücken, ist nicht mehr zu leugnen, dass die dort lebenden Palästinenser großflächig vertrieben werden.

Deutschland und die USA zeigen sich öffentlich zwar zutiefst besorgt – liefern jedoch weiterhin Waffen und Munition nach Israel.

Die Politik der deutschen Staatsräson stürzt sich auf die Annahme *einer* geltenden Sicht auf die Dinge. Widerspruch sei inakzeptabel, so als dulde demokratische Meinungsbildung keine Kontroverse. Stattdessen werden Zweifel am Kriegsnarrativ z.B. in der Ukraine als Rechtfertigung eines Angriffskriegs mit dem Strafgesetz verfolgt und auch bei Protesten gegen das Töten in Israel und Palästina geht die Staatsräson oft mit der Staatsanwaltschaft und mit der Einengung des Meinungskorridors einher. Diese Entwicklung ist Teil des gesellschaftlichen Rechtsrucks und bereitet uns Sorgen.

Matthias

Bereits 2008 war klar, dass eine NATO-Mitgliedschaft Georgiens und der Ukraine zum Krieg führen wird. Doch die NATO ließ nicht locker. Wir haben 2019 eindringlich vor einer Eskalation in der Ukraine gewarnt. Wir haben trotz aller Repressionen zu Verhandlungen aufgerufen und uns gegen Waffenlieferungen gestellt. Doch bis heute keine Einsicht. Deshalb frage ich: Wo sind die Erfolge der Ukraine-Politik? Nach Abbruch der Verhandlungen 2022 hat Russland 20 Prozent der Ukraine innerhalb weniger Monate eingenommen, vermint und annektiert. Und hunderte Milliarden Euro von 41 Staaten haben daran nichts geändert. Viele Menschen starben, auf beiden Seiten, das halbe Land ist auf der Flucht, Millionen Menschen frieren und haben keinen Strom, die Wirtschaft eingebrochen und der Staat hoch verschuldet. Trotzdem spricht man noch vom Gewinnen. Die einzigen Gewinner des Ukrainekrieges sitzen im Bayerischen Hof und, welch eine Überraschung, es sind dieselben, die immer vom Gewinnen sprechen. Für die Kriegslobby ist nicht wichtig, wer den Krieg für sich entscheidet. Wichtig ist der Verschleiß und der Neukauf von Waffen. Und deshalb gewinnen die Rüstungskonzerne alle Kriege!

Mark

Die Profitraten der deutschen Rüstungsindustrie sind von der Bundesregierung genehmigt worden: Unsere Regierung hat im vergangenen Kalenderjahr so viele Waffenexporte genehmigt, wie noch nie zuvor. Konkret waren es 2023 ein Drittel mehr als im Vorjahr, wobei bereits im Jahr 2022 Firmen wie Rheinmetall oder KNDS (vormals KMW) ihre größten bis dahin gekannten Profite einfuhren. Deutsche Waffen und Munition in aller Welt steht nicht nur in einem Spannungsverhältnis zur vorgegebenen moralischen Sorge der Außenministerin; sie stehen auch in einem Spannungsverhältnis zu den internationalen Verpflichtungen, die sich Deutschland auferlegt hat. Das deutsche Kriegswaffenkontrollgesetz regelt, dass dann keine Genehmigung für Waffenexporte möglich ist. Wenn die deutsche Regierung Sorge davor hat, was nun in Rafah passiert, muss sie aufhören die Munition zum weiteren Töten zu liefern.

Liebe Freundinnen und Freunde,
wir leben in einem Land, in dem sich die Politik eine Schuldenbremse und eine Haushaltssperre auferlegt und in dem angeblich nicht genug Geld da ist für Kindergrundsicherung und Bildung oder für Pflege und Renten oder für Soziales wie Heizkostenunterstützung. Aber wir leisten uns ein Sondervermögen Bundeswehr, weiter steigende Militärausgaben und sollen nun in eine EU-Atombombe investieren – jedenfalls wenn es nach dem FDP-Finanzminister und der sozialdemokratischen EU-Wahl-Spitzenkandidatin geht. Wir sehen also: Geld wäre genug da, es wird aber nur dort investiert, wo es für das Großkapital und seine Rüstungsindustrie profitabel angelegt ist. Die Debatte um eine deutsche oder europäische Atombombe ist auch ein Phänomen der Sikos, zuletzt nach der Wahl Trumps. Diejenigen, die sie nun wieder fordern, tun so, als sei der Rückgriff auf eine Atomwaffe eine Voraussetzung für deutsche Sicherheit. Dabei ist doch genau das Gegenteil der Fall: Wir sind heute auch hier, weil wir uns gegen jegliche Atomwaffen aussprechen – Wir sagen NEIN zu den US-Atomwaffen in Büchel und NEIN zur Debatte um eigene Atomwaffen in Europa.

Matthias

Unterschätzt diese Lobby nicht. Sie ist so mächtig, dass in der Debatte über die globale Erwärmung das Militär immer noch ausgeklammert wird. Dabei braucht allein das US-Militär an einem Tag mehr als 40 Millionen Liter Öl. Das ergibt eine jährliche Emission von 60 Millionen Tonnen CO₂. Mehr als ganz Schweden, mehr als ganz Belgien, mehr als die

Schweiz. Doch es ist noch viel schlimmer. Reguläre Sprengstoffe wie TNT oder RDX sind hoch giftig und kontaminieren Böden und Grundwasser überall auf der Welt. Wälder dienen als Sichtschutz und werden immer in Mitleidenschaft gezogen. In Afghanistan musste die Hälfte der Wälder dem Krieg weichen, in manchen Regionen sogar 95 Prozent. In Vietnam tragen 3 Millionen Menschen die gesundheitlichen Folgen von Entlaubungsmitteln. Uranmunition, ein toxisches Schwermetall, verursacht Nierenschäden, Krebs und Fehlgeburten. Und das ist nur eine Andeutung des ganzen Ausmaßes. Zerstörte Treibstofflager in Syrien, zerstörte Munitionslager im Jemen, zerstörte Fabriken in Gaza, zerstörtes Kriegsgerät in Afghanistan, zerstörte zivile Infrastrukturen in der Ukraine. All das hinterlässt irreversible Umweltschäden. Deshalb muss Grüne Politik sich der Wahrheit stellen: Krieg ist eine Umweltkatastrophe!

Mark

Liebe Freundinnen und Freunde,
es gäbe noch so viel zu sagen und deswegen folgen noch einer Rednerinnen und Redner nach uns. Eines möchte ich aber für unser Bündnis klar stellen:
Der Kulturredakteur der Münchner Abendzeitung hat sich gestern in der AZ darüber ausgelassen, dass wir in unserem Aufruf zwar skandalisieren, dass es bei der Siko „nie um Sicherheit, sondern immer um die Machtinteressen der Nato und ihrer Mitgliedstaaten“ geht und dass wir Kritik üben an der „größten Aufrüstung seit dem Zweiten Weltkrieg“ durch die Bundesregierung *ohne* dabei die Gründe der Ampel für ihre „sicherheitspolitische Kehrtwende“ zu nennen, wie er die Zeitenwende bezeichnet. Der Aggressor sei nicht die NATO, sondern das von Putin diktatorisch regierte Russland. Wir kennen diese Debatte und sind deswegen in unserer Rede noch einmal auf die Aussichten des weiteren Anheizens des Ukraine-Kriegs eingegangen.
Ich will zum Schluss aus unserer jüngsten Bündnis-Erklärung mit dem Titel „Stoppt den Krieg in der Ukraine!“ zitieren. Als Aktionsbündnis formulieren wir:
„Als Friedensbewegung haben wir von Anfang an gefordert und fordern es weiterhin, alle weiteren Kriegshandlungen einzustellen und sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Denn wir weigern uns, die Ukrainer:innen einem sinnlosen Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland zu opfern. Und wir weigern uns, Feinde der Russ:innen zu sein. Ein friedliches Europa kann es nur mit und nicht ohne Russland geben. Zudem weigern wir uns, die Armut in der Welt bis

hin zu Hungertoten für die Umsetzung von Machtstrategien in Kauf zu nehmen. Als Teil der internationalen Friedensbewegung lehnen wir jeglichen Nationalismus ab. Daher weigern wir uns, eine nationalistische Kriegsrhetorik der Vaterlandsverteidigung das Wort zu reden und sind entsetzt, diese nationalistisch untermalte Kriegsrhetorik in diesem Land erleben zu müssen. Schluss mit der Kriegstreiberei auch beim Ukrainekrieg!“

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir stehen mit diesen Aussagen auf dem Boden der Verträge und Zusagen, die die Westmächte vor 30 Jahren gemacht haben, als Deutschland wiedervereinigt wurde: Damals hieß es, es gäbe auf keinen Fall eine NATO-Osterweiterung und Deutschland werde auf Atomwaffen verzichten. Das sind, angesichts einer Geschichte, in der der deutsche Militarismus die Welt zweimal in einen großen Krieg gestürzt hat, nachvollziehbare und sinnvolle Lehren.

Wir fordern heute: Abrüsten statt Aufrüsten!

Steuergelder für Sozialsysteme, Gesundheits- und Bildungswesen, Klima-, Arten- und Umweltschutz, ÖPNV, Flüchtlings- und Welthungerhilfe statt für Panzer und Bomben!

Wir fordern: Verhandeln statt schießen!

Keine Beteiligung an Kriegen und Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr!
Schließung von US- und NATO-Stützpunkten in Deutschland zur (Drohnen)kriegsführung!

Wir fordern: Bleiberecht für alle Menschen!

EU-Asylreform aufhalten! Abschaffung der EU-„Grenzschutz“- Behörde Frontex!
Aufnahme von Geflüchteten und Gewährung des Menschenrechts auf Asyl bei Gleichbehandlung unabhängig vom Herkunftsland, auch für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure!

Wir fordern: Stopp aller Waffenlieferungen und Rüstungsexporte! Schluss aller Exporte der deutschen Rüstungsindustrie! Keine militärische Verlängerung des Ukraine-Kriegs!

Wir fordern den Ausstieg aus der „nuklearen Teilhabe“! Den Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag! Und den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland!

Wir fordern die Stärkung der Vereinten Nationen (UN) und des Völkerrechts und damit verbunden das ernsthafte Bemühen um einen sofortigen Waffenstillstand in Palästina und in der Ukraine.

Wir rufen in Richtung Bayerischen Hof: Kriegstreiber unerwünscht!